Die Landrätin

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, dem 05.02.2026

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

12. Mitteilungen und Anfragen

12.1 Einsparpotenziale durch Personalaufstockung in der Abteilung Jugend
- Anfrage der AfD-Fraktion vom 03.02.2026 - DS-Nr.: 6589 -

Die Verwaltung beantwortete die Fragen der AfD-Fraktion (DS-Nr. 6589). Dazu im Einzelnen:

1. Wie viele der im Rahmen der Personalbemessung beschlossenen zusätzlichen Stellen im Jugendamt sind aktuell tatsächlich besetzt?

   Die Verwaltung erläuterte, dass die zu besetzenden Stellen nach der Beschlussfassung im Kreistag am 30.06.2025 sukzessive im Jahr 2025 und 2026 ausgeschrieben worden seien. Auch seien Wechselwünsche von Mitarbeitenden berücksichtigt worden. Aktuell seien noch Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst in der Regionalstelle West, im Pflegekinderdienst und im Entgeltbereich vakant, aber bereits vergeben. Insgesamt handele es sich um 3,5 von 16,25 Stellen.

2. Welche der in der Drucksache 6399/1 prognostizierten Einsparungen im ASD, im Pflegekinderdienst, bei stationären Unterbringungen konnten bislang realisiert werden?
3. Wie haben sich die Transferaufwendungen an externe Leistungserbringer seit der Personalaufstockung entwickelt?

   Zu den Fragen 2 und 3 berichtete die Verwaltung, dass das neue Personal derzeit eingearbeitet werde. Auch müssten die im Rahmen der Qualitätshandbücher überarbeiteten Standards umgesetzt werden. Dies habe zzt. erste Priorität.

4. In welchem Zeitraum rechnet die Verwaltung realistisch mit einem vollständigen Eintritt der prognostizierten Einsparungen?

   Die Verwaltung verwies auf die Erläuterungen in der Vorlage zur Personalbemessung (vgl. DS-Nr. 6399/1). Danach würden die finanziellen Einsparungen ab dem Haushalt 2027 erwartet. Dies werde auch weiterhin angestrebt. Ggf. gebe es bereits in der 2. Jahreshälfte 2026 erste finanzielle Effekte.

5. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass der Personalaufbau tatsächlich zu einer Kostendämpfung führt?

   Auch zu dieser Frage verwies die Verwaltung auf die Ausführungen in der Vorlage zur Personalbemessung (vgl. DS-Nr. 6399/1). Auch diesbzgl. sei sie noch in der Umsetzung. Folgende Maßnahmen seien u.a. geplant:
   - Intensivere Fallsteuerung und fachliches Controlling durch Leitung (Regionalstellenleitung und neue Sachgebietsleitungen)
   - Verkürzung der Laufzeiten der Hilfen (ambulant und stationär)
   - Reduzierung von Transferkosten durch die Stärkung eigener Beratungen (auch Clearing)
   - Optimierung der Falleingangsphase im Allgemeinen Sozialen Dienst und in der Eingliederungshilfe
   - stärkere Begleitung der Pflegefamilien durch den Pflegekinderdienst und damit Reduzierung von Zusatzhilfen
   - Schnellere Fallabgaben durch die Wirtschaftliche Jugendhilfe.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen